

GESCHÄFTSBERICHT

2024



Sparda-Bank

BADEN-WÜRTTEMBERG

Inhalt

Geschäftsbericht 3

Organe 4

Lagebericht 5

Jahresbilanz 24

Gewinn- und Verlustrechnung 26

Anhang 27

Bestätigungsvermerk 41

Bericht des Aufsichtsrates 48

Nachhaltigkeitsbereichterstattung 54

Impressum 55

ORGANE DER BANK

Aufsichtsrat

Lothar Krauß, Vorsitzender
Rolf Hellmann, stellv. Vorsitzender
Manuel Amberger
Johannes Brunner
Daniel Bruskowski
Frank Gärtner
Jörg Greter
Jürgen Hoffmann
Nadja Houy
Armin Kunze
Armin Lauer
Birgit Mehnert
Rita Renner-Achim
Sven Strahlendorf
Thomas Volkmann

Vorstand

Martin Buch, Vorstandsvorsitzender
Bernd Klink, stellv. Vorstandsvorsitzender
Joachim Haas, stellv. Vorstandsvorsitzender
Susanne Drescher, Vorstandsmitglied (seit 01.07.2024)

Prokuristen

Markus Bernhard
Cathrin Clausnitzer
Susanne Drescher (Generalbevollmächtigte) (bis 30.06.2024)
Ralf Gebhardt
Axel Kamilli
Harald Klipfel
Michael Köck
Andreas Küchle
Michael Lichtner (Generalbevollmächtigter)
Markus Müller (Generalbevollmächtigter)
Timo Späth
Christian Taller

Verbandszugehörigkeit

Verband der Sparda-Banken e. V.,
Frankfurt am Main

Bundesverband der Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken, Berlin

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024

I. Grundlagen der Bank

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG ist eine Bank für Privatkunden wie Angestellte, Beamte, Pensionäre, Rentner und sonstige Privatpersonen. Auf diese Kundengruppen ist unser Produkt- und Leistungsangebot ausgerichtet. Als Genossenschaftsbank stehen die umfassende Beratung und Betreuung sowie die Förderung unserer Mitglieder im Mittelpunkt. Das Kerngeschäftsgebiet der Bank erstreckt sich im Wesentlichen auf das Bundesland Baden-Württemberg. Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG betreut über digitale Wege auch Mitglieder und Kunden außerhalb dieses Kerngeschäftsgebietes.

II. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Konjunktur in Deutschland

Wirtschaftsflaute setzte sich fort

Das Jahr 2024 fiel in Deutschland aus gesamtwirtschaftlicher Sicht abermals schwach aus. Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 %. Bereits im Jahr 2023 war die reale Wirtschaftsleistung aufgrund struktureller und konjunktureller Belastungen etwas zurückgegangen (-0,3 %). Erfreulich ist jedoch, dass die Inflation weiter nachließ. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,2 %, nachdem sie sich 2022 und 2023 noch um 6,9 % und 5,9 % verteuert hatten.

Erholungszeichen verfestigten sich nicht

Die zu Jahresbeginn noch hoffnungsvoll stimmenden Anzeichen für eine spürbare konjunkturelle Erholung verfestigten sich im weiteren Jahresverlauf nicht. Gründe für die bis zum Jahresende andauernde Wirtschaftsflaute waren neben der verhaltenen globalen Industriekonjunktur auch inländische Strukturprobleme, wie die im internationalen Vergleich hohen Strom- und Gaspreise, der anhaltende Fachkräftemangel, die hohe Bürokratiebelastung und die in weiten Teilen vernachlässigte Verkehrsinfrastruktur. Belastend wirkten auch die hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheiten – die mit dem Bruch der Ampel-Regierungskoalition in Deutschland und dem Wahlsieg Donald Trumps bei den US-Präsidentschaftswahlen zum Jahresende nochmals zunahmen.

Diese dämpfenden Faktoren machten sich insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe bemerkbar, dessen preisbereinigte Wertschöpfung auf Jahressicht merklich nachließ. Auch im Baugewerbe gab die reale Wertschöpfung deutlich nach, obwohl die EZB im Juni eine Zinswende einleitete, die zu weniger hohen Finanzierungskosten führte. In vielen Dienstleistungsbereichen blieb die Entwicklung ebenfalls hinter den Erwartungen vom Jahresanfang zurück, da sich die privaten Haushalte trotz steigender Realeinkommen mit Konsumausgaben zurückhielten.

Verhaltener Anstieg des Privatkonsums

Nach dem vor allem inflationsbedingten Rückgang im Vorjahr um 0,4 % schwenkten die preisbereinigten privaten Konsumausgaben 2024 wieder auf ihren Wachstumspfad ein. Hierzu trug der nachlassende Preisauftrieb bei, der zusammen mit kräftigen Lohn- und Rentenzuwächsen zu Kaufkraftgewinnen führte. Das Wachstum des Privatverbrauchs fiel jedoch mit 0,3 % verhalten aus, auch weil das vergleichsweise hohe Zinsniveau die Sparanreize verstärkte. Dämpfend auf die

Konsumneigung wirkten zudem die wirtschaftspolitischen Unwägbarkeiten sowie die eingetrübten Konjunktur- und Beschäftigungsaussichten vieler Verbraucher. Kräftiger als die privaten Konsumausgaben legten die realen Konsumausgaben des Staates (+3,5 %) zu, die im Vorjahr (–0,1 %) nahezu stagniert hatten. Wachstumsimpulse gingen hier unter anderem von den steigenden Sachleistungen im Gesundheits- und Pflegebereich aus. Alles in allem haben die Konsumausgaben die gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit einem positiven Wachstumsbeitrag von 0,9 Prozentpunkte merklich stabilisiert.

Eingetrübtes Investitionsumfeld

Das Investitionsklima blieb schwach. Angesichts gedämpfter Absatzperspektiven, niedriger Kapazitätsauslastungen in der Industrie, gestiegener Finanzierungskosten und hoher wirtschaftlicher Unsicherheiten gingen die preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen beschleunigt zurück (–5,5 % nach –0,8 % im Jahr 2023). Der Rückgang wäre noch deutlicher ausgefallen, wenn der Staat seine Ausrüstungsinvestitionen im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr nicht ausgeweitet hätte. Bei den realen Bauinvestitionen setzte sich der Abwärtstrend der Vorjahre fort. Sie gaben um 3,3 % nach und damit ähnlich stark wie im Vorjahr (–3,4 %). Im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau wurde erheblich weniger investiert, während sich der öffentliche Bau vergleichsweise robust zeigte. Insgesamt haben die Bruttoanlageinvestitionen die Veränderungsrate der preisbereinigten Wirtschaftsleistung um hohe 0,6 Prozentpunkte vermindert.

Höheres Budgetdefizit der öffentlichen Hand

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit erhöhte sich gegenüber 2023 um 15,0 auf 118,8 Mrd. Euro. Die Staatseinnahmen haben sich unter anderem durch das Auslaufen von Mehrwertsteuervergünstigungen für Gas und Gaststättenleistungen sowie die weitere Anhebung des nationalen CO₂-Preises erhöht. Die Staatsausgaben legten jedoch noch stärker zu. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ergab sich ein leichter Anstieg der Defizitquote von 2,5 % im Vorjahr auf 2,8 % im Berichtsjahr. Die staatliche Schuldenquote dürfte hingegen auf dem 2023 erreichten Niveau (rund 63 %) geblieben sein. Die Veröffentlichung erster amtlicher Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2024 ist für Ende April 2025 vorgesehen.

Mehr Arbeitslose und mehr Erwerbstätige

Auf dem Arbeitsmarkt hinterließ die hartnäckige Wirtschaftsschwäche deutliche Spuren. Erneut stieg die Arbeitslosenzahl leicht an. Sie kletterte im Jahresdurchschnitt 2024 um 178.000 auf knapp 2,8 Mio. Menschen und damit auf den höchsten Stand seit 2015. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 5,7 % im Vorjahr auf 6,0 %. Allerdings legte auch die Erwerbstätigkeit weiter zu, trotz des konjunkturellen Gegenwinds und der voranschreitenden Überalterung der Bevölkerung. Die Erwerbstätigenzahl stieg um 71.000 auf einen neuen Rekordstand von knapp 46,1 Mio. Menschen. Ausschlaggebend für den Anstieg war vor allem der abermalige Beschäftigungsaufbau im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit. In den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Unternehmensdienstleister und Baugewerbe sank die Erwerbstätigenzahl hingegen.

Inflationsrate deutlich zurückgegangen

Die allgemeine Teuerung ließ 2024 erneut nach. Im Januar lag die Inflationsrate, gemessen an der jährlichen Veränderung des Verbraucherpreisindex, noch bei 2,9 %. Im weiteren Jahresverlauf sank die Inflationsrate dann unter Schwankungen auf bis zu 1,6 % im September, bevor sie zum Jahresende wieder anzog. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Verbraucherpreise um 2,2 % und damit deutlich schwächer als 2023 (+5,9 %) und 2022 (+6,9 %). Der Rückgang der Inflationsrate war breit angelegt. Die Dienstleistungspreise verteuerten sich mit einer Jahresrate von 3,8 % zwar überdurchschnittlich, aber weniger kräftig als im Vorjahr (+4,4 %). Bei Nahrungsmitteln ließ die Teuerung noch stärker nach (+1,4 % nach +12,4 %).

2. Finanzmärkte

Notenbanken haben Zinssenkungszyklus begonnen

Im Jahr 2024 wurden in den meisten großen Volkswirtschaften die Leitzinsen gesenkt, nachdem sie im Jahr 2023 ihren Höhepunkt erreicht hatten. Während insbesondere die erste Hälfte des Jahres 2024 noch von einem Narrativ des „länger höher“ bei den Leitzinsen geprägt war, läutete die Europäische Zentralbank (EZB) auf ihrer Ratssitzung im Juni die Phase der Zinssenkungen ein. Die Bank von England und die US-amerikanische Fed folgten kurz darauf. Begründet wurden die Zinssenkungen mit dem Rückgang der Inflationsraten, der Aussicht auf ein mittelfristiges Erreichen des Inflationsziels und der Befürchtung, dass eine zu restriktive Geldpolitik die wirtschaftliche Entwicklung zu stark bremsen und mittelfristig sogar zu einem Unterschreiten des Inflationsziels führen könnte.

Schwierige „letzte Meile“ bei der Inflationsbekämpfung

Dennoch begleitete die vom EZB-Direktoriumsmitglied Isabel Schnabel Ende 2023 in die Diskussion gebrachte „letzte Meile“ der Inflationsbekämpfung die Notenbanken durch das Jahr. Insbesondere die für die Geldpolitik relevante Kerninflation, also die um die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Teuerung, erwies sich als hartnäckig. In den USA ging die Verbraucherpreisinflation zum Jahresende leicht auf 2,9 % zurück, nachdem sie im Januar noch bei 3,1 % gelegen hatte. In der Eurozone lag die Inflationsrate im Dezember bei 2,4 % nach 2,8 % im Januar. Die Kerninflation sank in den USA von 3,9 % auf 3,2 % und im Euroraum von 3,3 % auf 2,7 %. Sie blieb damit in beiden Währungsräumen oberhalb der Gesamtteuerung und deutlich über dem geldpolitischen Zielwert von 2 %. Insbesondere die Teuerung im Dienstleistungssektor war nach wie vor deutlich erhöht und lag über den langjährigen Mittelwerten. Sie lag im Euroraum zum Jahresende bei 4,0 % und damit unverändert gegenüber dem Januarwert. Auf beiden Seiten des Atlantiks standen die hohen Lohnzuwächse im Mittelpunkt der Diskussionen über die Inflationsaussichten. Einerseits wurde das Aufholen der inflationsbedingten Reallohnverluste als wichtiger Faktor zur Stabilisierung der Konjunktur durch einen verstärkten Konsum gesehen. Andererseits wurde die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale gesehen, die für weiteren Preisdruck sorgen könnte.

Europa: EZB zwischen persistenter Inflation und schwachem Konjunkturausblick

Ähnlich wie die US-amerikanische Notenbank hat auch die Europäische Zentralbank (EZB) den Höhepunkt ihrer Leitzinsen im Jahr 2023 mit einem Satz von 4,75 % für die Spitzenrefinanzierungsfazilität, 4,5 % für die Hauptrefinanzierungsfazilität und 4,0 % für die aufgrund der Überschussliquidität entscheidende Einlagefazilität erreicht. Nachdem die EZB die Leitzinsen in der ersten Jahreshälfte unverändert gelassen hatte, begann sie ab der Sitzung vom 6. Juni mit Zinssenkungen um jeweils 25 Basispunkte. Neben dem Rückgang der Inflation gab vor allem die Verschlechterung der konjunkturellen Lage im Euroraum Anlass zur Lockerung des geldpolitischen Restriktionsgrades. Insgesamt wurden nach Juni im September, Oktober und Dezember noch drei weitere Zinssenkungen vorgenommen, sodass der Zinssatz für die Einlagefazilität zum Jahresende um 100 Basispunkte niedriger bei 3,0 % lag. Im Rahmen einer im März 2024 beschlossenen Änderung des geldpolitischen Handlungsrahmens wurde der Zinsunterschied zwischen dem Hauptrefinanzierungsgeschäft und der Einlagefazilität von 50 Basispunkten auf 15 Basispunkte reduziert. Diese Änderung ist im September 2024 in Kraft getreten. Damit lag der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte zum Jahresende bei 3,15 % und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 %. Der geldpolitische Kurs wird weiterhin über den Einlagezins gesteuert, in dessen Nähe sich die Geldmarktsätze bewegen. Durch die Verringerung des Abstands zum Hauptrefinanzierungssatz wird die Schwankungsbreite des Geldmarktsatzes enger als bislang begrenzt.

Allmählicher Abbau der Anleihebestände bei der EZB

Neben den Zinssenkungen wurde die bereits laufende Bilanznormalisierung durch den allmählichen Abbau von Anleihebeständen aus dem Anleihekaufprogramm (APP) und dem pandemiebedingten Kaufprogramm (PEPP) fortgesetzt. Der Bestand des APP-Portfolios nahm kontinuierlich ab, da fällige Anleihen nicht mehr reinvestiert wurden. Auch der Bestand des PEPP-Portfolios begann im Laufe des Jahres zu sinken. Wurden bis zur Jahresmitte noch die Beträge fällig werdender Anleihen reinvestiert, so wurde das PEPP-Programm, wie Ende 2023 beschlossen, ab Juli monatlich um 7,5 Mrd. Euro reduziert. Auf der geldpolitischen Sitzung im Dezember 2024 beschloss der EZB-Rat, wie zuvor angekündigt, die Reinvestitionen in das PEPP-Portfolio zu beenden. Zum Jahresende lag der Bestand an Wertpapieren aus beiden Kaufprogrammen bei rund 4,3 Bill. Euro. Auch die Rückzahlungen der Banken aus den gezielten langfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTROs) liefen zum Jahresende aus.

Anleihemärkte im Sog der Geldpolitik

Die Inflations- und Zinserwartungen sowie die geldpolitischen Entscheidungen der Notenbanken blieben auch im Jahr 2024 die treibenden Kräfte an den Anleihemärkten. Vor allem in der ersten Jahreshälfte fielen die Kurse und die invers dazu verlaufenden Renditen stiegen entsprechend. Die Marktteilnehmer, die zum Jahresbeginn noch mit einer geldpolitischen Lockerung im Frühjahr gerechnet hatten, verschoben ihre Zinssenkungserwartungen vorübergehend nach hinten. Die zehnjährige Bundesanleihe begann das Jahr bei 2,03 % und stieg bis zur ersten Leitzinssenkung der EZB im Juni auf einen Höchstschlussstand von 2,68 % am 29. Mai. Im weiteren Jahresverlauf stiegen die Kurse mit den Zinssenkungen der EZB zunächst an und die Rendite fiel bis Anfang Oktober auf 2,04 % und damit in die Nähe des Jahresanfangsniveaus. Im letzten Quartal des Jahres 2024 kam es zu einer erhöhten Volatilität aufgrund von Unsicherheiten über die weitere Gangart der Geldpolitik. Bis Mitte November stiegen die Renditen zunächst wieder an, um bis Anfang Dezember in etwa auf das Niveau vom Oktober zurückzufallen. In den letzten Handelswochen kam es zu einem erneuten Renditeanstieg und die zehnjährige Bundesanleihe schloss mit 2,36 % höher als zu Jahresbeginn.

Euro gibt zum Jahresende gegen US-Dollar deutlich nach

Die europäische Gemeinschaftswährung startete mit einem Kurs von 1,105 US-Dollar in das Jahr 2024 und bewegte sich in den ersten drei Quartalen des Jahres bezogen auf Schlusskurse in einem Korridor zwischen 1,063 US-Dollar am 15. April und 1,118 US-Dollar am 27. September. Auf leichte Abwertungen folgten somit leichte Aufwertungen. Erst im letzten Quartal zeigte der US-Dollar, vor allem nach der Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten, eine deutliche Stärke und der Euro wertete merklich ab. Er schloss das Jahr mit einem Tiefststand von 1,036 US-Dollar. Die sich weiter eintrübenden Konjunkturdaten im Euroraum und insbesondere in Deutschland dürften den Euro gegenüber dem US-Dollar vor allem zum Jahresende hin geschwächt haben, da sich die Divergenz zwischen den Konjunkturaussichten im Euroraum und in den USA weiter vergrößert hat. Auch die Aussicht auf eine zunehmend protektionistische Wirtschaftspolitik und die damit verbundenen veränderten Zinserwartungen in den USA sowie die Risiken aus dem Krieg in der Ukraine dürften gegen den Euro gewirkt haben.

International zeigt der Euro Stärke

Der nominale effektive Wechselkurs des Euro gegenüber der Gruppe der 41 wichtigsten Handelsländer erreichte jedoch am 22. August ein neues Allzeithoch und beendete das Jahr in der Nähe dieses Höchststandes. Bereinigt um die Inflation lag der reale effektive Wechselkurs leicht über seinem Zehnjahresdurchschnitt. Ein Anstieg des effektiven Wechselkurses weist dabei auf eine Aufwertung, also eine gesunkene preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum, hin.

III. Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG

Im Geschäftsjahr 2024 erhöhte sich unsere Bilanzsumme um 478 Mio. Euro auf 14.970 Mio. Euro. Gemessen an der Bilanzsumme gehört die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG weiterhin zu den größten Genossenschaftsbanken Deutschlands.

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme/Geschäftsvolumen	14.970.075	14.491.742	+ 478.333	+ 3,3
Sachanlagen	29.543	28.153	+1.390	+ 4,9

Aktivgeschäft

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Barreserve (Aktivposten 1)	53.644	54.899	- 1.255	- 2,3
Bankguthaben (Aktivposten 3)	474.911	639.489	- 164.578	- 25,7
Wertpapieranlagen (Aktivposten 5 und 6)	2.465.280	2.431.610	+ 33.670	+ 1,4
Kundenforderungen (Aktivposten 4)	11.839.997	11.237.362	+ 602.635	+ 5,4

Die Barreserven waren stichtagsbezogen zum 31.12.2024 um 1,3 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr.

Die Bankguthaben sind zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 164,6 Mio. Euro gesunken.

Der Bestand an eigenen Wertpapieren nahm gegenüber dem Vorjahr um 33,7 Mio. Euro bzw. 1,4 % zu. Wie auch die Bankguthaben dienen die Anlagen in „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ (Aktivposten 5) überwiegend der Liquiditätshaltung. Unsere Anlagen in „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ (Aktivposten 6) betreffen die Anlagen im Rahmen eines Aktienspezialfonds und eines Immobilienspezialfonds.

Die Kundenforderungen in Höhe von 11.840 Mio. Euro verteilten sich per 31.12.2024 auf 91.512 Kreditnehmer und setzen sich damit nach wie vor aus überwiegend kleinteiligen Krediten mit einer sehr hohen Risikostreuung zusammen. Das Volumen unserer Kundenforderungen konnte aufgrund des hohen Neuzusagevolumens und der daraus resultierenden Kreditauszahlungen, welche die Regel- und Sondertilgungen überkompensierten, um 5,4 % bzw. 602,6 Mio. Euro gesteigert werden. In 2024 konnten wir ca. 5.200 Kreditanträge mit einem Volumen von über 1,94 Mrd. Euro neu zusagen.

Der Realkreditanteil belief sich zum 31.12.2024 auf 80,97 %, was eine hohe Werthaltigkeit der Besicherung belegt.

Passivgeschäft

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	399.054	367.214	+ 31.840	+ 8,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.202.914	12.788.129	+ 414.785	+ 3,2
– Spareinlagen	3.929.894	2.305.808	+ 1.624.086	+ 70,4
– täglich fällige Einlagen	8.499.103	8.844.401	– 345.298	– 3,9
– Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	773.918	1.637.920	– 864.002	– 52,7

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 31,8 Mio. Euro bzw. um 8,7 %. Zum Bilanzstichtag machten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 399,1 Mio. Euro im Verhältnis zur Bilanzsumme einen Anteil von 2,7 % (Vorjahr 2,5 %) aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich ebenfalls gegenüber dem Jahresanfang um 414,8 Mio. Euro bzw. 3,2 %. Die Termineinlagen verringerten sich insbesondere durch fällige Anlagen im Produkt „SpardaCapital“ gegenüber dem Jahresanfang um 864,0 Mio. Euro bzw. 52,7 %. Die Sichteinlagen sind im Berichtszeitraum um 345,3 Mio. Euro bzw. 3,9 %, gefallen. Insbesondere durch das bereits im Vorjahr wiedereingeführte Produkt „SpardaFest“, sind die Spareinlagen um 1.624 Mio. Euro bzw. 70,4 % und somit abermals kräftig gestiegen.

Außerbilanzielle Geschäfte

Finanzderivate wurden im Geschäftsjahr 2024 überwiegend in Form von Zinstermingeschäften (Zinsswaps) sowie Zinsoptionsgeschäften im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen.

Am Bilanzstichtag bestanden folgende Derivategeschäfte:

	Berichtsjahr Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate		
– Nominalbetrag	5.625	5.530

Die Geschäfte wurden im Rahmen der Zinsbuchsteuerung abgeschlossen und dienen der Reduzierung des Zinsänderungsrisikos.

Personal- und Sozialbereich

Zum 31.12.2024 waren insgesamt 717 Mitarbeiter/-innen beschäftigt, davon 216 Personen auf Teilzeitarbeitsplätzen. Weitere 58 Personen befanden sich zum Jahresende in Berufsausbildung.

Insgesamt hat sich der Mitarbeiterbestand (ohne Auszubildende) im Vergleich zum 31.12.2023 um 46 Personen erhöht. Die Mitarbeiterproduktivität hat sich im Geschäftsjahr 2024 um 1,9 % vermindert, somit entfällt ein bilanzwirksames Kundenvolumen von ca. 42,4 Mio. Euro auf einen Mitarbeiter (umgerechnet auf Vollzeitbeschäftigte).

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

In 2023 hatten wir uns gemeinsam mit den weiteren am Joint Venture Sopra Financial Technology GmbH (SFT) beteiligten Sparda-Banken und der Sopra Steria Gruppe darauf geeinigt, das gemeinsame IT-Transformationsprojekt in der SFT nicht weiter zu verfolgen und die Zusammenarbeit im Jahr 2025 zu beenden. Wie die weiteren Sparda-Banken werden wir die IT-Anwendungen in das erprobte und stabile IT-Umfeld der Atruvia AG übertragen. Nach dem Wechsel erwarten wir spürbare Synergieeffekte und eine kostenstabile Versorgung mit IT-Dienstleistungen.

Das Projekt der Migration zum IT-Dienstleister Atruvia AG befindet sich seit Ende 2023 in seiner Hauptprojektphase, die in eine detaillierte und umfassende Projektorganisation eingebettet ist und in das alle Fachbereiche und -abteilungen der Bank eingebunden sind. Die entsprechend zu erreichenden Projekt-Meilensteine werden hinreichend überwacht und koordiniert. Das Projekt wird dabei sowohl vom Rechenzentrum Sopra Financial Technology GmbH (SFT) als auch von der Atruvia AG intensiv unterstützt und begleitet. Die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten für die finale Datenüberleitung im Juli 2025 beinhalten unter anderem auch verschiedene Testüberleitungen für die Sicherstellung eines korrekten Datenabzugs und Datentransfers, Prozessanalysen und den Bau von Prozessvorgängen, Soft- und Hardwareumstellungen, die Schulung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank auf das neue IT-System sowie eine zielgerichtete und unsere Kundinnen und Kunden unterstützende und helfende Kommunikation für einen sicheren Wechsel in das neue Online-Banking.

Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen, Wertpapierkategorien

Die Kunden bevorzugten weiterhin mittelfristige Anlagen. Bedingt durch das Zinsniveau verzeichneten wir im vergangenen Geschäftsjahr zudem eine steigende Nachfrage nach Spareinlagen im Produkt „SpardaFest“. Auf der Passivseite machten die Kundenverbindlichkeiten gleichbleibend wie im Vorjahr einen Anteil von 88,2 % aus, während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bei 2,7 % (Vorjahr: 2,5 %) leicht zunahmen.

Der Anteil der gesamten Kundenforderungen am Geschäftsvolumen belief sich auf 79,1 % (Vorjahr: 77,5 %). Der Anteil der durch Grundpfandrechte im erstrangigen Beleihungsraum gesicherten Kundenforderungen ist von 82,1 % auf 81,1 % leicht gesunken.

Die Bankguthaben und Barreserven machten stichtagsbezogen einen Strukturanteil von 3,5 % (Vorjahr: 4,8 %) aus.

Unsere Wertpapieranlagen betreffen am Bilanzstichtag ausschließlich Wertpapiere der Liquiditätsreserve und des Anlagevermögens. Der Anteil der Wertpapieranlagen am Geschäftsvolumen beträgt 16,5 % (Vorjahr: 16,8 %).

IV. Darstellung der Lage

Vermögenslage

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Gezeichnetes Kapital (Passivposten 12a)	295.039	296.146
Rücklagen (Passivposten 12b und c)	514.204	508.707
Nachrangige Verbindlichkeiten (Passivposten 9)	178.838	178.888
Fonds für allgemeine Bankrisiken (Passivposten 11)	250.140	244.300
Bilanzgewinn, soweit zur Stärkung des Eigenkapitals vorgesehen	6.154	3.998

Mit 458.731 Mitgliedern und insgesamt 5.452.677 Geschäftsanteilen zum 31.12.2024 hat die Bank eine breite Eigenkapitalgrundlage und ist damit, gemessen an der Mitgliederstärke, die drittgrößte Genossenschaftsbank in Deutschland. Im Jahr 2024 ergab sich netto ein Rückgang bei den Mitgliedern von 3.946 bzw. 0,85 %. Die Geschäftsanteile haben sich um 63.990 Anteile bzw. 1,16 % vermindert.

Neben einer stabilen Grundlage durch Geschäftsanteile ist es unser Ziel, das Eigenkapital durch Zuführungen aus dem Jahresüberschuss zu stärken. Deshalb wurde eine Vorwegzuweisung zu den Rücklagen in Höhe von 1,5 Mio. Euro vorgenommen; aus dem Bilanzgewinn sind als Zuführung zu den Rücklagen weitere 6,2 Mio. Euro zur Stärkung unseres Eigenkapitals vorgeschlagen.

Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 250,1 Mio. Euro, den wir zum 31.12.2024 mit 5,8 Mio. Euro aufgestockt haben.

Die Vermögenslage der Bank ist geordnet. Alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wurden unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen bewertet. Bei der Bemessung der Wertberichtigungen und Rückstellungen ist allen erkennbaren Risiken Rechnung getragen worden.

Die aufsichtsrechtlich geforderte Eigenkapitalunterlegung der Risikoaktiva wurde stets eingehalten.

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Damit ist die Möglichkeit einer Inanspruchnahme bis zur Höhe von 22.915.692 Euro verbunden. Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG.

Finanz- und Liquiditätslage

Die Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hinsichtlich der Liquidität der Kreditinstitute waren stets eingehalten, die Zahlungsbereitschaft unserer Bank ist gegeben. Zusätzlich auftretender Liquiditätsbedarf kann durch Refinanzierungsmöglichkeiten bei unserer Zentralbank aufgefangen werden; ebenso bestehen gegen Sicherstellung in Wertpapieren ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten über die EZB.

Ertragslage

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss ¹	189.391	206.420	-17.029	-8,2
Provisionsüberschuss ²	28.723	32.416	-3.693	-11,4
Finanzergebnis	334	1.001	-667	-66,6
Personalaufwand	-59.159	-53.750	-5.409	+10,1
Andere Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen ³	-112.989	-117.959	+4.970	-4,2
Bewertungsergebnis	-4.251	-2.202	-2.049	+93,1
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	41.419	32.117	+9.302	+29,0
Außerordentliches Ergebnis	-10.493	-5.632	-4.861	+86,3
Steueraufwand	-10.245	-15.540	+5.295	-34,1
Jahresüberschuss	14.880	10.945	+3.935	+36,0

1) GuV-Pos. 1././ 2 + 3

2) GuV-Pos. 5././ 6

3) GuV-Pos. 10b + 11

Die Zinserträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 57,0 Mio. Euro von 307,9 Mio. Euro auf 364,9 Mio. Euro erhöht; die Zinsaufwendungen sind ebenfalls um 63,5 Mio. Euro von 117,8 Mio. Euro auf 181,3 Mio. Euro gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich somit der Zinsüberschuss im Berichtsjahr insgesamt um 17,0 Mio. Euro auf 189,4 Mio. Euro verringert.

Höheren Zinserträgen aus dem Kreditgeschäft standen aufgrund der anhaltend inversen Zinsstruktur insbesondere auch höheren Zinsaufwendungen aus verzinslichen Einlagen gegenüber. Kompensierend wirkten dagegen die Ausgleichszahlungen aus unseren Zinssicherungsgeschäften sowie das Closing von im Zusammenhang mit unserer Risikosteuerung nicht mehr notwendigen Finanzswaps.

Im Geschäftsjahr 2024 ist das Provisionsergebnis von 32,4 Mio. Euro im Vorjahr um 3,7 Mio. Euro auf 28,7 Mio. Euro zurückgegangen. Grund hierfür war insbesondere die Senkung der Kontoführungsgebühren für das „SpardaGiro“.

Die Gesamtverwaltungsaufwandsquote ist im Geschäftsjahr 2024 mit 1,15 % der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) gegenüber 1,16 % der DBS im Vorjahr nahezu unverändert.

Der Personalaufwand ist um 5,4 Mio. Euro gestiegen, die Personalaufwandsquote stieg rechnerisch auf 0,40 % der DBS (Vorjahr: 0,36 %). Grund sind insbesondere die tariflichen Gehaltsanpassungen im Geschäftsjahr.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen haben sich in 2024 um 5,0 Mio. Euro bzw. 4,2 % verringert. Durch die weiterhin hohen regulatorischen Anforderungen sind hier insbesondere die Kosten für IT-Dienstleistungen weiter auf hohem Niveau.

In Relation zu unserer Durchschnittsbilanzsumme fiel dieser Aufwand auf 0,76 % der DBS (Vorjahr 0,80 %)

Unsere Adressausfallrisiken können mit einer Nettoaufwandsquote von 0,003 % des durchschnittlichen Kreditvolumens als gering eingestuft werden. Die Ausleihungen erfolgten in erster Linie für den privaten Wohnungsbau und sind größtenteils durch Grundpfandrechte gesichert.

Aus unserem Kundenkreditgeschäft haben wir wegen der Kundenstreuung, der Größenklassen und der grundpfandrechtlichen Besicherung nur geringe Ausfallrisiken.

Alle Kredite sind unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und mit der gebotenen Vorsicht bewertet.

Auch für die Risiken aus unseren Wertpapieranlagen wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen.

Aufgrund entsprechender Marktzinsentwicklungen ergaben sich im Wertpapierbereich überwiegend Zuschreibungen.

Das außerordentliche Ergebnis resultiert ausschließlich aus Aufwendungen zur Vorbereitung für den beabsichtigten Wechsel des Rechenzentrums im Juli 2025.

Der Steueraufwand wird mit 10,2 Mio. Euro um 5,3 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr ausgewiesen.

Insgesamt ergibt sich im Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss in Höhe von 14,9 Mio. Euro (Vorjahr: 10,9 Mio. Euro).

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beläuft sich für das zurückliegende Geschäftsjahr auf 0,10 %.

Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen war 2024 ein insgesamt zufriedenstellendes Geschäftsjahr bei einer auskömmlichen Ertragslage.

Aus dem Jahresüberschuss konnten die Rücklagen und Reserven in ausreichendem Maß gestärkt werden. Die Eigenkapitalausstattung erfüllt die gesetzlichen Anforderungen.

V. Erklärung zur Unternehmensführung

Der Aufsichtsrat der Bank hat gemäß § 9 Abs. 4 GenG als Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat bis zum 30.06.2027 eine Quote von 26,67 % und für den Frauenanteil im Vorstand der Bank eine Zielgröße von Null festgelegt. Zum 31.12.2024 liegt der Frauenanteil im Vorstand tatsächlich bei 25 %. Für die ersten beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands wurde durch den Vorstand gemäß § 9 Abs. 3 GenG eine Quote von 30 % als Zielgröße für den Frauenanteil bis zum 30.06.2027 beschlossen. Die bisherigen Zielgrößen wurden erreicht.

VI. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und voraussichtliche Entwicklung der Genossenschaft

Risikomanagementziele und -methoden

Neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet ein angemessenes Planungs- und Controllingsystem die jederzeitige Risikotransparenz. Die laufende Entwicklung der Bilanzstruktur, die Ertragslage und die sich aus verändernden Zinsstrukturen und Marktparametern ergebenden Risiken werden permanent überwacht und gesteuert. Das Reporting erfolgt mehrstufig, ausgehend von einem Tagesreport an die Mitglieder des Vorstandes bis hin zur Quartalsberichterstattung an den Aufsichtsrat.

Grundlage der Banksteuerung ist eine unter Berücksichtigung unterjähriger Veränderungen erstellte Planbilanz, aus der eine monatliche Ergebnisvorschaurechnung abgeleitet wird. Parallel dazu wird mittels einer ökonomischen Risikotragfähigkeitsbetrachtung die barwertige Steuerung und Risikolimitierung verfolgt.

Die Steuerungskreise der Bank fußen auf einer ökonomischen und normativen Sichtweise gemäß dem aktuellen Leitfaden der Bankenaufsicht zur Risikotragfähigkeit. Unsere intern festgelegten Risikolimits orientieren sich an einer ökonomischen bzw. barwertigen Risikotragfähigkeit, bei der der Gläubigerschutz im Vordergrund steht. Die Basis dazu liefert unsere monatliche Ermittlung der Risikodeckungspotentiale sowie der entsprechenden Risikoanrechnungsbeträge. Darüber hinaus wird die barwertige Risikotragfähigkeit ergänzt durch eine normative Kapitalplanung. Während die Limitierung der Einzelrisiken anhand barwertiger Größen erfolgt, ist die normative Kapitalplanung auf die Einhaltung der von der Bankenaufsicht geforderten Kennzahlen gerichtet. Mit diesen Instrumenten erfüllen wir das aufsichtliche Anspruchsniveau einer modernen Banksteuerung und können daraus frühzeitig Risiken in unserem Hause erkennen, messen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikosteuerung ableiten.

Auf Basis des Stichtags 31.12.2024 wurde im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsberechnung insgesamt ein Gesamtlimit von 623,0 Mio. Euro festgelegt. Davon entfallen auf Marktpreisrisiken 395,0 Mio. Euro, auf Adressrisiken 115,0 Mio. Euro, auf Immobilienrisiken 75,0 Mio. € und auf operationelle Risiken 35,0 Mio. Euro. Darüber hinaus besteht ein Risikolimit für Handelsbuchaktivitäten in Höhe von 3,0 Mio. €. Das Gesamtlimit sowie die genannten Teillimite wurden auch unter den schwierigen Marktbedingungen im zurückliegenden Geschäftsjahr stets eingehalten.

Unverändert ist die EZB mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum interessiert, die Leitzinsen unter Beachtung der Inflationsentwicklung weiter zu senken. Nach insgesamt 5 Leitzinssenkungen seit der geldpolitischen Wende im vergangenen Jahr ist die Gefahr von Zinssteigerungen derzeit eher gering. Die Währungshüter zeigen sich optimistisch, dass sich die Inflation nachhaltig um zwei Prozent in der Eurozone einpendelt. Die Mehrheit der Marktteilnehmer gehen kurz- bis mittelfristig von weiter fallenden Zinsen aus. Aufgrund der geopolitischen Lage sowie möglichen Strafzöllen auf die weltweiten Handelsgüter sind wir hier vorsichtig und gehen tendenziell eher von seitwärts gerichteten Zinsen aus. Sollten von unserer Erwartung abweichende bzw. adverse Zinsentwicklungen eintreten, sind die Risiken mit Hilfe unserer Steuerungsinstrumente auf einen vertretbaren Umfang begrenzt. Wir werden wie bisher verschiedene Möglichkeiten zur Absicherung nutzen und auch Zinsderivate einsetzen. Risiken begrenzen wir durch unternehmensinterne Leitlinien und Limitstrukturen, um so die Bank vor möglichst unerwarteten Belastungen zu schützen.

Wir haben sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen festgelegter Grenzen und klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Risiken aus unseren festverzinslichen Wertpapieren ergeben sich aus Marktpreisrisiken sowie Adressrisiken, primär durch Spread- und Migrationsrisiken. Die Ausfallrisiken sind hierbei eher von untergeordneter Bedeutung. Diesen wird unter anderem durch eine gezielte Emittentenauswahl – ausschließlich mit Rating im Investmentgrade – begegnet. Weitere Marktpreisrisiken ergeben sich aus unserem Aktienengagement über einen Spezialfonds durch die Schwankung der Aktienkurse. Das Aktienrisiko beschreibt hierbei die Schwankung der Börsen- bzw. Marktpreise von Vermögenswerten in Form von Aktien. Daneben existieren Immobilienrisiken, die als Unsicherheit über die zukünftige Wert- und Ertragsentwicklung von Investitionen in unserem Immobilien-Spezialfonds relevant sind. Wesentliche Risikotreiber sind hierbei sich ändernde Wertansätze, speziell im Zusammenhang mit steigenden Liegenschaftszinsen und zukünftig zu erzielenden Mieterträgen der Immobilien sowie weitere spezifische Immobilienrisiken wie beispielsweise die operationellen, Sektor-, Zahlungsausfall- und Liquiditätsrisiken.

Abruf- und Terminrisiken sind bei der Geschäftsstruktur unseres Hauses weiterhin von untergeordneter Bedeutung. Unsere Hauptrefinanzierungsquelle ist unverändert das breit gestreute Einlagengeschäft mit Privatkunden. In Verbindung mit den ohnehin jederzeit möglichen Refinanzierungen über die Zentralbank sind weder nennenswerte Risikokonzentrationen noch erhöhte Risikopotentiale aus den Liquiditätsrisiken erkennbar.

Die latenten Risiken aus dem Kreditgeschäft sind bei uns grundsätzlich als gering einzustufen, da das Kreditgeschäft überwiegend mit Privatkunden getätigt wird und dieser Geschäftsbereich durch den Schwerpunkt von Wohnbaufinanzierungen in Baden-Württemberg mit grundpfandrechtlicher Besicherung durch weiterhin wertstabile Immobilien geprägt ist. Auch in diesem Zusammenhang sind durch das überwiegend kleinteilige Kreditgeschäft keine wesentlichen Risikokonzentrationen auszumachen.

Nachhaltigkeitsrisiken bzw. ESG-Risiken (Environmental, Social and Governance - Umwelt, Soziales und Unternehmensführung) begründen keine eigene Risikokategorie, sondern sind in ihrem Wirkungszusammenhang den bereits bekannten wesentlichen Risikoarten zugeordnet. Der ESG-Bereich Ökologie, speziell der Klimaschutz und die damit verbundene Umsetzung der Pariser Klimaziele und deren Forderungen, die Erderwärmung auf 1,5° bis max. 2° zu begrenzen, haben wir als Hauptfaktor für unser Haus klassifiziert. In diesem Zusammenhang wurden - mit Blick auf unser Kerngeschäftsfeld Baufinanzierung – speziell die Umwelt- und Klimarisiken mit den Risikotreibern Erdbeben, Flut, Starkregen und Wintersturm näher untersucht und im Rahmen eines Stresstests auf Materialität geprüft. Auch hieraus sind für unser Haus keine Risikokonzentrationen oder erhöhten Risikopotentiale erkennbar.

Aufgrund von Abschreibungen und Bereinigungen im Beteiligungsportfolio der Bank sind die bestehenden Beteiligungsrisiken bei unserer jährlichen Risikoinventur als nicht wesentlich eingestuft worden. Eine separate Würdigung bzw. Limitierung der Beteiligungsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit ist somit nicht mehr erforderlich.

Die operationellen Risiken werden als wesentliche Risikokategorie eingestuft und überwacht. Schlagend gewordene Risiken werden hierbei in einer Schadensdatenbank zentral erfasst und analysiert. Neben einer jährlichen Risikoinventur werden mögliche Schadenspotentiale aus dem Bereich der operationellen Risiken bei sämtlichen Organisationseinheiten vierteljährlich abgefragt und im Rahmen der Risikotragfähigkeit limitiert. Allgemeinen Geschäftsrisiken und operationellen Risiken aus Betriebsabläufen, insbesondere des IT-Bereichs, wird durch Investitionen in Technik und organisatorische Regelungen vorgebeugt. Die potentiellen Risiken aus dem Migrations-/Demigrationsvorhaben von unserem bisherigen Rechenzentrum, der Sopra Financial Technology GmbH, hin zur Atruvia AG, dem Rechenzentrum und Digitalisierungspartner der genossenschaftlichen FinanzGruppe, werden im Rahmen eines strengen Projektcontrollings überwacht und gemanagt. Ausreichend dimensionierte Risikolimits werden der temporär erhöhten Risikolage durch den Rechenzentrumswechsel im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung gerecht.

Betriebsabläufe sind durch bestehende Arbeitsanweisungen für die Mitarbeiter, festgelegte Funktionstrennungen mit definierten Schnittstellen und eingeschränkte EDV-Zugriffsrechte weitgehend vorgegeben. Seit 2020 werden von der Bank auch mobile Arbeitsmöglichkeiten genutzt. Durch risikoorientierte Prüfungen der Internen Revision wird den immer komplexer ausgerichteten Prozessen zusätzlich Rechnung getragen. Versicherbare Gefahrenpotentiale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Fehlerhafte Betriebsvorgänge, die durch Kundenbeschwerden offenkundig werden, werden mittels klar vorgegebener Regelung durch ein zentrales Qualitätsmanagement aufgegriffen. Durch den vorgegebenen Informationsfluss und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Führungskräften und Organisationsbereichen wird den operationellen Risiken durch eingehende Analyse hinsichtlich evtl. organisatorischer oder personeller Schwachstellen wirksam begegnet. Risiken aus komplexen Rechtsverhältnissen wird bei Bedarf durch Einschaltung interner und externer Sachverständiger begegnet.

Zusammenfassung der Risikolage

Im Risikomanagementsystem der Bank werden alle wesentlichen Risiken erfasst und bewertet. Auch unter Berücksichtigung weiterer nicht wesentlicher Risikopotentiale war die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken

Analog dem Vorjahr war auch das Jahr 2024 geprägt durch geopolitische Krisenherde wie die Kriege in der Ukraine und dem Nahen Osten. Die Blockbildung autokratischer Mächte in der Weltpolitik hat sich im letzten Jahr weiter verstärkt, insbesondere durch die gemeinsamen Interessen und strategischen Bündnisse von Staaten, die demokratische Werte infrage stellen oder ablehnen. Am 1. Januar 2024 traten Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Argentinien, Ägypten und Äthiopien der BRICS-Gruppe bei, die zuvor aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bestand. Diese Erweiterung zielte darauf ab, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zu stärken und eine Alternative zur westlich dominierten Weltordnung zu bieten. Im März 2024 wurde Wladimir Putin für eine fünfte Amtszeit als Präsident Russlands wiedergewählt. Die Wahl fand vor dem Hintergrund des anhaltenden Ukraine-Konflikts und internationaler Spannungen statt. Im November 2024 gewann Donald Trump die US-Präsidentenwahl gegen Kamala Harris und trat mit einer Unterbrechung seine zweite Amtszeit an. Seine Wahlversprechen umfassten unter anderem Steuersenkungen und die Einführung von Handelszöllen, was weltweit für Verunsicherung sorgt.

Diese Entwicklungen sorgen für geopolitische Spannungen, die die Rüstungsausgaben weltweit steigen lassen. Die autokratische Blockbildung führt zu einer neuen Bipolarität, wobei Demokratien und Autokratien in globalen Fragen wie Klimawandel, Handel und Sicherheit sich gegenüberstehen. In diesem schwierigen geopolitischen Umfeld macht sich auch die Schwäche der deutschen Wirtschaft bemerkbar. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte um 0,1 %, was das zweite Jahr in Folge mit negativem Wachstum darstellte. Besonders betroffen war die Industrieproduktion mit einem Rückgang von 1,5 %.

Die Inflationsrate in Deutschland betrug im Dezember 2024 2,6 %, was einen Anstieg gegenüber den Vormonaten darstellt. Im November lag sie bei 2,2 % und im Oktober bei 2,0 %. Im Jahresdurchschnitt 2024 betrug die Inflationsrate 2,2 %.

Im Jahr 2024 verzeichnete Deutschland einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, was auf die anhaltende wirtschaftliche Schwäche zurückzuführen ist. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg um 0,3 Prozentpunkte auf 6,0 %. Die schwache Wirtschaftsentwicklung erschwerte es Arbeitslosen, neue Stellen zu finden. Zudem sicherten Betriebe vermehrt Beschäftigung durch Kurzarbeit ab. Im Jahresdurchschnitt 2024 waren rund 320.000 Personen in Kurzarbeit, gegenüber 241.000 im Jahr 2023. Experten prognostizieren, dass die Arbeitslosigkeit im Jahr 2025 weiter steigen und erstmals seit einem Jahrzehnt die Marke von 3 Millionen überschreiten könnte.

Deutschland steht darüber hinaus vor tiefgreifenden strukturellen Problemen, darunter die Dekarbonisierung, Digitalisierung und der demografische Wandel. Diese Faktoren belasteten die Wettbewerbsfähigkeit und führten im internationalen Vergleich zu einer Investitionsschwäche.

Unabhängig von diesen schwierigen Rahmenbedingungen zeigen sich die Aktienmärkte robust. Der DAX erreichte im Dezember 2024 erstmals die Marke von über 20.000 Punkten und entwickelt sich auch zu Beginn des neuen Geschäftsjahres 2025 weiter auf Rekordniveau. Dabei werden die Aktienmärkte durch die Aussicht auf konjunkturelle Anreize, starke Unternehmensgewinne, und politische Impulse wie Steuersenkungsversprechen und die Auflage von Sondervermögen und Förderprogramme (z. B. für Infrastruktur, Militär sowie die Entwicklung neuer KI-Technologien) beflügelt. Die Rekordstände führender Aktienindizes signalisieren, dass trotz der eher verhaltenen Konjunkturerwartungen für Deutschland, die Mehrzahl der Marktteilnehmer in Bezug auf die Entwicklung der Finanzmärkte positiv gestimmt ist.

Der ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland ist nach 84,7 Punkten im Dezember 2024 auf 85,2 Punkte im Januar 2024 leicht gestiegen. Dieser Anstieg resultiert aus einer verbesserten Einschätzung der aktuellen Geschäftslage, während die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden Monate weiterhin eher verhalten bleiben.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in den letzten Monaten mehrfach die Leitzinsen gesenkt, zuletzt am 30. Januar 2025 auf einen Einlagezins von 2,75 %. EZB-Präsidentin Christine Lagarde deutete an, dass die Notenbank kurz davor steht, den „Sieg“ über die Inflation zu erklären, wies jedoch auf anhaltende Preissteigerungen im Dienstleistungssektor hin. Analysten prognostizieren, dass der Einlagenzins bis Ende 2025 auf etwa 2,50 % bis 2,25 % sinken könnte. Mögliche Strafzölle und Handelshemmnisse, wie sie von dem neuen US-Präsident Donald Trump aktuell diskutiert und umgesetzt werden, könnten die globalen Lieferketten stören und die Waren weltweit wieder verteuern. Das würde der Inflation entsprechenden Auftrieb geben und den geldpolitischen Spielraum der EZB zwecks weiterer Zinssenkungen deutlich einschränken.

In diesem extremen Umfeld waren die Herausforderungen für unser Geschäftsmodell in 2024 weiterhin sehr dynamisch und ambitioniert. Mit Blick auf das gerade begonnene Geschäftsjahr 2025 dürfte sich daran vorerst auch nicht allzu viel ändern. Unter Berücksichtigung von internen und externen Rahmenbedingungen haben wir auf Basis einer Markteinschätzung auch für das Geschäftsjahr 2025 wieder die Vertriebspotentiale ausgelotet und daraus unsere Ziele abgeleitet. Wir planen mit moderaten Wachstumsraten im Kundengeschäft und erwarten bei stabilen Wettbewerbsbedingungen einträgliche Margen im Neugeschäft. Die Nachfrage nach Wohnbaufinanzierungen sehen wir auf dem aktuell erwarteten Zinsniveau weiter stabil, wobei neben den regionalen Angeboten auch auf bundesweite Angebote auf Vermittlerplattformen gesetzt wird. Sowohl bei den Eigenanlagen und Krediten, als auch bei dem wiederbelebten Einlagengeschäft ergeben sich Chancen für unser Geschäftsmodell, die es konsequent zu nutzen gilt.

Die Zinsänderungsrisiken werden anhand vorgegebener Risikolimits über Zinssicherungsgeschäfte gesteuert und sind im historischen Vergleich für unser Haus eher als gering einzustufen. Aufgrund kurzer Duration bzw. kurzen Restlaufzeiten sind die zinsinduzierten Abschreibungsrisiken bei unseren festverzinslichen Wertpapieren geringer als in den Vorjahren. Auf Basis der aktuellen Aktienkursentwicklung und der Tatsache, dass wir innerhalb unseres Spezialfonds derzeit nur teilweise in der Assetklasse Aktien investiert sind, rechnen wir mit keinem erhöhten Abschreibungspotential bei unserem Aktieninvestment. Zukünftige Schwankungen lassen sich darüber hinaus durch gebildete Reserven innerhalb des Fonds kompensieren. Die Entwicklung unseres Immobilienspezialfonds in der gewählten Allokation erachten wir nach den Wertkorrekturen im Jahr 2023 und 2024 nunmehr als relativ wertstabil, wobei die Thesaurierung von Mieterträgen die Werthaltigkeit des Fondspreises nachhaltig sicherstellen sollte.

Aufgrund unseres Geschäftsmodells ist unsere Ertragslage stark zinsabhängig und daher von der weiteren Entwicklung des Zinsniveaus geprägt. Der Zinsüberschuss wird in 2025 etwas niedriger erwartet. Ursächlich sind hier insbesondere die Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen, die durch die nachhaltig inverse Zinsstrukturkurve dynamischer ansteigen als die Zinserträge aus dem eher langfristig orientierten Kreditgeschäft. Darüber hinaus werden die Ausgleichszahlungen aus unseren Zinssicherungsgeschäften etwas niedriger als im Vorjahr erwartet. Das Provisionsergebnis planen wir auf Basis der erkannten Vertriebspotentiale auf Vorjahresniveau. Personal- als auch Sachaufwendungen werden inflationsgetrieben als auch wegen vorzuhaltenden, erhöhten Kapazitäten im Rahmen der IT-Migration zur Atruvia AG ebenfalls nochmals leicht höher ausfallen. In diesem Zusammenhang werden für ausscheidende Mitarbeiter sowie für Mitarbeiter in Altersteilzeitmodellen frühzeitig Ersatz Einstellungen vorgenommen, wobei hier auch aus der Elternzeit zurückkehrende, bereits ausgebildete Mitarbeiter berücksichtigt werden. Dem steigenden Bedarf an Mitarbeiterqualifikation wird durch konsequente, bedarfsbezogene Aus- und Weiterbildung Rechnung getragen. Hierzu werden wir, auch aus gesellschaftspolitischer Verantwortung heraus, weiterhin Ausbildungsplätze anbieten. Migrationsbedingt werden die IT- bzw. Rechenzentrumskosten temporär weiter steigen und im aktuellen Geschäftsjahr durch Überschneidungen bzw. doppelte Rechenzentrumsleistungen ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht haben. Das sorgt für zusätzlichen Kostendruck und belastet das Ergebnis aus dem operativen Geschäft. Eingeleitete Energiesparprogramme und Prozessoptimierungen können hier nur bedingt zur Kostenreduktion beitragen. Das voraussichtliche Teilbetriebsergebnis wird in Summe daher leicht niedriger ausfallen als im Vorjahr.

Unsere Geschäftsstrategie ist weiterhin auf ein ertragsorientiertes und qualifiziertes Wachstum ausgerichtet. Das Wachstum auf der Aktivseite darf nicht nur quantitativ gemessen werden, sondern muss auch qualitativen Standards entsprechen. Hierbei sind wir stets darauf bedacht, dass durch Neugeschäft kein überproportional hohes Risikopotenzial eingekauft wird. Unsere Geschäftsaktivitäten werden weiterhin auf die Kerngeschäftsfelder Kredit- und Einlagengeschäft sowie Zahlungsverkehr mit umfänglichen Serviceleistungen rund um das Girokonto fokussiert sein. Darüber hinaus sind wir bestrebt, unser Geschäft mit den etablierten Kooperationspartnern weiter auszubauen und dadurch das Provisionsergebnis zu stärken bzw. in diesem schwierigen Umfeld zu stabilisieren. Ein Schwerpunkt wird im Rahmen unserer Omnikanalstrategie auf den verstärkten Ausbau der Digitalisierung gelegt.

Aufgrund der dynamischen geopolitischen Entwicklung werden sowohl die Geschäftsstrategie als auch die Geschäftsfelder mit deren jeweiligen Vertriebspotentialen permanent überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Wichtig für stetiges Kreditwachstum sind die Neuzusagen für Baufinanzierungen mit gleichbleibend hohen Qualitätsansprüchen; dies gilt sowohl für das eigene Filial- als auch das überregionale Vermittlergeschäft. Nach internen Mindeststandards bei der Besicherung sollen gemäß unserer Risikostrategie mindestens 70 % im erstrangigen Beleihungsrahmen (sog. 1a-Hypotheken) bei gleichzeitig hoher Granularität und damit breiter Risikostreuung erfolgen. Die im Branchenvergleich stets unterdurchschnittlichen Ausfallraten sind als Indiz für die hohe Qualität unseres Kreditgeschäfts und die Fokussierung auf privat genutzte Wohnimmobilien zu werten. Die Refinanzierung dieses Kreditgeschäftes erfordert ein korrespondierendes Wachstum bei den Kundeneinlagen. Durch die aktuellen Produktangebote werden von Seiten der Kunden neben kurzfristig verfügbaren Geldanlagen auf Giro- oder Tagesgeldkonten nunmehr auch wieder festverzinsliche Spareinlagen mit bonifizierter Sondervverzinsung zwischen 1-3 Jahren präferiert. Darüber hinausgehende, längerfristige Einlagen sind eher selten nachgefragt bzw. werden aktuell nicht angeboten.

Neben quantitativen Zielvorgaben haben wir auch qualitative Standards etabliert, wobei die Kundeninteressen bei all unseren Vertriebsaktivitäten im Vordergrund stehen. Die qualitativen Vorgaben fördern unsere Kundenorientierung und unterstützen uns dabei. Durch die Kombination von neuen digitalen und KI-gestützten Lösungen in Verbindung mit kompetenter und persönlicher Beratung vor Ort möchten wir somit den maximalen Nutzen für unsere Kunden schaffen. Durch einen ausgewogenen Einsatz von Mensch und Technik muss mit einer Verkürzung von Bearbeitungs- oder Durchlaufzeiten bei standardisierten Prozessen eine stetige Verbesserung der Produktivität, welche die Basis für eine attraktive Konditionenpolitik darstellt, erzielt und sichergestellt werden. Der qualitative Ausbau des Kundengeschäftes und eine nachhaltige Geschäftspolitik im Sinne des genossenschaftlichen Förderauftrages ist für uns von grundlegender Bedeutung. Wir berücksichtigen in unserer Geschäftstätigkeit gleichrangig ökonomische, ökologische und soziale Aspekte. Wir fokussieren uns auf unser regionales Kerngeschäft und begleiten die Transformation der Region hin zu umweltfreundlichen Wirtschaftsaktivitäten, etwa durch die Finanzierung von ökologisch sinnvollen Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen und die Auflage nachhaltiger Produkte. Nachhaltigkeit ist für uns von großer Bedeutung und stellt einen integralen Bestandteil unserer Unternehmenspolitik und Geschäftsstrategie dar. Unter Beibehaltung der regionalen Identität wollen wir die Chancen hieraus zur Schärfung des eigenen Profils und der Marke nutzen und somit auch die Bindung bzw. Gewinnung von Kunden und Mitglieder fördern. Ein spezieller Fokus liegt hier auf unserem Kerngeschäft „Kredit“, bei dem nachhaltige Ansätze sowohl in der Portfolioausrichtung als auch in der Berücksichtigung in den Kreditprozessen bereits etabliert sind und künftig weiter intensiviert werden sollen.

Eine angemessene Eigenkapitalausstattung ist die Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und eine erfolgreiche Geschäftsausweitung. Die Steuerung der Kapitalressourcen hat bei uns hohe Priorität und wird durch unseren zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess unterstützt. Durch diesen Steuerungskreis haben wir die Kapitalquoten stets im Blick und stellen insofern sicher, dass die regulatorischen Mindestvorgaben – auch unter Berücksichtigung adverser Szenarien – stets eingehalten werden. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der regulatorischen Risikoaufschläge sowie dem sektoralen und dem antizyklischen Risikopuffer.

Neben ambitionierten Vertriebszielen und den daraus abgeleiteten Wachstumsannahmen gilt es, einen besonderen Fokus auch auf die Kosten- und Ertragsentwicklung zu richten. Unsere Migration des Rechenzentrums zur Atruvia AG inklusive der damit einhergehenden Neuausrichtung der IT-Strategie sind Faktoren, die uns insbesondere im Jahr 2025 weiter belasten werden. Auf der anderen Seite bieten das gestiegene Zinsniveau und eine stabile IT-Landkarte mit hohen Synergiewerten innerhalb des genossenschaftlichen Verbundes zukünftig auch wieder Chancen zur Stärkung des Geschäftsmodells inklusive der operativen Betriebsergebnisse. Auch wenn das Jahr 2025 unter den gegebenen Rahmenbedingungen weiterhin herausfordernd werden dürfte, zeigen die relevanten Beobachtungsgrößen und Kennzahlen mittelfristig weiter nach oben und lassen uns grundsätzlich zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Aufgrund unserer soliden Eigenkapitalausstattung sehen wir uns auch für die künftigen Herausforderungen gut gerüstet. Sonderbelastungen können bei Bedarf durch die Auflösung freier Vorsorgereserven abgedeckt werden. Bestehende Unsicherheiten am Markt gilt es hierbei genau zu beobachten, wobei auch in schwierigen Zeiten und unter erschwerten Bedingungen durch die bevorstehende IT-Transformation die Kundenfokussierung nicht vernachlässigt werden darf.

Stuttgart, den 13.02.2025

Sparda-Bank Baden-Württemberg eG

Der Vorstand

Martin Buch

Bernd Klink

Joachim Haas

Susanne Drescher

1. JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2024

Aktivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			31.271.711,95		34.092
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			22.372.581,30		20.808
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	22.372.581,30				(20.808)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	53.644.293,25	–
2. Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen			–		–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–				(–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			44.290.987,04		2.184
b) andere Forderungen			430.620.289,82	474.911.276,86	637.305
4. Forderungen an Kunden				11.839.996.763,04	11.237.362
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	9.602.148.173,72				(9.220.276)
Kommunkredite	–				(–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		–			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
ab) von anderen Emittenten		–	–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		393.275.568,86			390.938
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	393.275.568,86				(390.938)
bb) von anderen Emittenten		1.398.127.241,12	1.791.402.809,98		1.366.178
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.398.127.241,12				(1.366.178)
c) eigene Schuldverschreibungen			–	1.791.402.809,98	–
Nennbetrag	–				(–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				673.876.838,12	674.494
6a. Handelsbestand				–	–
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			52.363.407,19		52.363
darunter: an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
an Wertpapierinstituten	–				(–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			15.520,00	52.378.927,19	11
darunter: bei Kreditgenossenschaften	–				(–)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
bei Wertpapierinstituten	–				(–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				1.000.000,00	1.000
darunter: an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
an Wertpapierinstituten	–				(–)
9. Treuhandvermögen				–	–
darunter: Treuhandkredite	–				(–)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–	–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.140.809,00		1.368
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	1.140.809,00	–
12. Sachanlagen				29.543.253,50	28.152
13. Sonstige Vermögensgegenstände				35.830.173,87	32.535
14. Rechnungsabgrenzungsposten				16.350.056,07	12.952
15. Aktive latente Steuern				–	–
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				–	–
Summe der Aktiva				14.970.075.200,88	14.491.742

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			4.199.706,04		30.432
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			394.854.199,20	399.053.905,24	336.783
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	3.929.801.965,59				2.305.665
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	92.095,47	3.929.894.061,06			143
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	8.499.102.573,30				8.844.401
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	773.917.761,30	9.273.020.334,60		13.202.914.395,66	1.637.920
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			–		–
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten			–	–	–
darunter: Geldmarktpapiere	–				(–)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	–				(–)
3a. Handelsbestand				–	–
4. Treuhandverbindlichkeiten				–	–
darunter: Treuhandkredite	–				(–)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				32.313.453,14	16.116
6. Rechnungsabgrenzungsposten				6.141.369,67	6.202
6a. Passive latente Steuern				–	–
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			50.355.115,00		49.777
b) Steuerrückstellungen			2.926.545,72		4.453
c) andere Rückstellungen			24.768.729,10	78.050.389,82	21.964
8. ...				–	–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				178.838.000,00	178.888
10. Genussrechtskapital				–	–
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–				(–)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				250.140.000,00	244.300
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	140.000,00				(100)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			295.038.929,22		296.146
b) Kapitalrücklage			20.101.823,78		20.102
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	69.816.210,05				68.316
cb) andere Ergebnisrücklagen	424.286.411,82				420.289
cc) Bilanzgewinn	–	494.102.621,87			–
d) Bilanzgewinn		13.380.312,48		822.632.687,35	9.845
Summe der Passiva				14.970.075.200,88	14.491.742
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			4.015.335,97		2.600
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	4.015.335,97	–
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			836.923.109,15	836.923.109,15	813.468
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	–				(–)

2. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2024

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	332.069.546,45				278.334
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	32.860.128,88	364.929.675,33			29.603
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	–				(–)
2. Zinsaufwendungen		–181.296.698,16		183.632.977,17	–117.763
darunter: erhaltene negative Zinsen	–				(–)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.290.954,52			15.005
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		1.467.447,96			1.241
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		–	5.758.402,48		–
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				–	–
5. Provisionserträge		55.022.762,52			57.282
6. Provisionsaufwendungen		–26.299.733,67		28.723.028,85	–24.866
7. Nettoertrag des Handelsbestands				334.000,00	1.001
darunter: Zuführung zum Sonderposten gem. § 340e Abs. 4 HGB	–40.000,00				(–)
8. Sonstige betriebliche Erträge				3.393.223,43	2.997
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		37,16			(22)
9. ...				–	–
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	–47.176.863,42				–41.551
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	–11.982.292,63	–59.159.156,05			–12.199
darunter: für Altersversorgung	–3.704.112,13				(–4.979)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		–110.421.191,21	–169.580.347,26		–115.374
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				–2.567.922,18	–2.586
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				–2.365.334,97	–1.786
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	–547.375,71				(–409)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		–4.250.810,79			–2.202
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		–	–4.250.810,79		–
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		–643.126,97			–33.804
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		–	–643.126,97		–
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			–1.015.206,50		–1.215
18. ...				–	–
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				41.418.883,26	32.117
20. Außerordentliche Erträge			–		–
21. Außerordentliche Aufwendungen		–10.493.309,31			–5.632
22. Außerordentliches Ergebnis			–10.493.309,31		(–5.632)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		–10.078.902,58			–15.336
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		–166.358,89	–10.245.261,47		–204
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			–5.800.000,00		–
25. Jahresüberschuss			14.880.312,48		10.945
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			–		–
			14.880.312,48		10.945
27. Entnahmen aus Ergebnismrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage		–		–	–
b) aus anderen Ergebnismrücklagen		–		–	–
			14.880.312,48		10.945
28. Einstellungen in Ergebnismrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage		–1.500.000,00		–1.500.000,00	–1.100
b) in andere Ergebnismrücklagen		–			–
			13.380.312,48		9.845
28a. ...				–	–
29. Bilanzgewinn				13.380.312,48	9.845

3. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG, Stuttgart, ist beim Amtsgericht Stuttgart unter der Genossenschaftsregister-Nummer 236 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die Barreserven und die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert bilanziert.

Bei den Forderungen an Kunden wurden von den Nennwerten Wertberichtigungen für akute und latente Risiken im Kreditgeschäft abgesetzt. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst.

Die Pauschalwertberichtigung gemäß IDW RS BFA 7 wurde in Höhe des im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne eine Anrechnung von Bonitätsprämien in einer vereinfachten Methodik berücksichtigt. Der erwartete Verlust wird auf Basis der Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlustquote und möglicher Forderungsbetrag bei Ausfall geschätzt insbesondere für die in der Bilanzposition Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäfte sowie für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverpflichtungen und anderen Verpflichtungen.

Die Unterschiedsbeträge zwischen dem höheren Nennwert und dem Zahlungsbetrag von Forderungen an Kunden wurden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Der Unterschiedsbetrag wird planmäßig aufgelöst.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Kurswert am Bilanzstichtag bewertet.

Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung mit dem niedrigeren Kurswert am Bilanzstichtag bewertet. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung bis zu den ursprünglichen Anschaffungskosten vorgenommen.

Die Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit den Anschaffungskosten, abzüglich erforderlicher Abschreibungen, auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet.

Die Bewertung der Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte erfolgte zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend den steuerlichen Vorschriften behandelt.

Die übrigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert.

Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände (Rückdeckungsversicherungen) wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag einschließlich fälliger und anteiliger Zinsen angesetzt.

Die Pensionsrückstellungen wurden auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) nach dem modifizierten Teilwertverfahren ermittelt. Der Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2024 (1,90 %) zu Grunde gelegt.

Im Vergleich zu einer Abzinsung mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von –414 T€.

Künftig zu erwartende Rentensteigerungen werden, soweit erforderlich, bei der Bewertung mit 4,0 % für 2025 und ab 2026 wieder mit 2,0 % berücksichtigt.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrugen 27.644 T€. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 27.644 T€.

Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 42.213 T€.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen (Wertsteigerungen/ Zinserträge des Deckungsvermögens) i. H. von 565 T€ verrechnet.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Für Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen wurde eine teilweise kongruente Bewertung auf Basis eines faktorbasierten Bewertungsverfahrens (Deckungskapitalverfahren) vorgenommen. Im Zuge der Anwendung des sogenannten Primats der Aktivseite wurden die Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen im Berichtsjahr mit dem teilweise korrespondierenden Buchwert der Rückdeckungsversicherung bewertet.

Die Steuerrückstellungen und anderen Rückstellungen entsprechen den zu erwartenden Ausgaben.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die bis zum Bilanzstichtag aufgelaufenen Zinsansprüche und Zinsverpflichtungen aus Finanzswaps sind als Forderungen an Kreditinstitute bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert.

Die zum Bilanzstichtag bestehenden Finanzderivate wurden nicht einzeln bewertet, soweit sie zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos eingesetzt werden.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv-/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wäre eine Drohverlustrückstellung notwendig, nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2024 war keine Rückstellung zu bilden.

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags).

Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag, ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	2.949.090	47.600	-	a) - b) -	2.996.690	1.140.809	1.368.205
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	76.411.357	-	-	a) - b) -	76.411.357	19.837.992	20.725.626
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	36.380.171	3.708.555	-	a) 844.665 b) -	39.244.061	9.705.261	7.426.885
a	115.740.618	3.756.155	-	a) 844.665 b) -	118.652.108	30.684.062	29.520.716
	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschrei- bungen aufgrund Zugängen (ohne Abschrei- bungen Ge- schäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibun- gen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	1.580.885	-	-	-	274.996	-	1.855.881
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	55.685.731	-	-	-	887.634	-	56.573.365
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	28.953.286	-	819.778	-	1.405.292	-	29.538.800
a	86.219.902	-	819.778	-	2.567.922	-	87.968.046
	Anschaffungs- kosten 01.01. EUR		Veränderungen (saldiert) EUR			Buchwerte am Bilanzstichtag EUR	
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.103.211.168		-202.960.000			900.251.168	
Beteiligungen und Geschäfts- guthaben bei Genossen- schaften	95.035.098		-42.656.171			52.378.927	
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.000.000		-			1.000.000	
b	1.199.246.266		-245.616.171			953.630.095	
Summe a und b	1.314.986.884					984.314.157	

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 465.513.716 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	5.842.444	584.724	404.515.308	19.677.814
Forderungen an Kunden (A 4)	209.434.848	476.301.007	2.263.830.930	8.869.315.549

In den Forderungen an Kunden sind 21.114.429 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 679.722.535 EUR fällig.

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen		Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	1.359.493	1.721.526	44.449	174.771

Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) oder Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja/Nein
Asset-Allocation	673.876.838	634.095.842	-39.780.996	4.290.955	Ja

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda-Versicherungsservice GmbH, Stuttgart	100,00	2024	1.000.000	2024	-1.015.207

Mit dem unter Buchstabe a genannten Unternehmen besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vor- liegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	1,20	2024	3.209.328.337	2024	121.007.935
b) COMECO GmbH & Co. KG, Stuttgart	44,03	2023	10.775.798	2023	722.285
c) Sopra Financial Technology GmbH, Nürnberg	12,02	2023	14.316.798	2023	7.272.457
d) Summacom GmbH & Co. KG, St. Ingbert	19,41	2023	2.886.300	2023	-311.862
e) Fundus Fonds Nr. 31 KG, Düren	0,88	2023	81.774.789	2023	7.141.732
f) Eisenbahn-Siedlungsgesellschaft Stuttgart gGmbH, Stuttgart	0,03	2023	11.163.900	2023	15.446.648

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.791.402.810	1.621.495.426	169.907.384	384.656.594

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 384.657 T€ haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 359.028 T€.

In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	19.837.992
Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.705.261

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Provisionsansprüche gegenüber Kapitalanlagegesellschaften	13.848.583
Steuererstattungsansprüche	19.094.400

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nicht angesetzt wurde.

Passive Steuerlatenzen bestehen in der Position Beteiligungen, der aktive Steuerlatenzen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen, sonstige Vermögensgegenstände, Sachanlagen, Rückstellungen und Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 379.874.438 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	5.052.915	14.428.669	77.557.887	297.814.728
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	–	–	92.095	–
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	281.392.522	231.039.718	261.408.140	77.381

Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende antizipative Beträge größeren Umfangs enthalten:

	EUR
Verbindlichkeiten an Finanzamt	19.354.707

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 9.864 EUR (Vorjahr: 16.089 EUR) enthalten.

Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 2.986.966 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
Termingeld mit Nachrangabrede	50.047.000	EUR	1,77	30.12.2025
Termingeld mit Nachrangabrede	50.059.000	EUR	1,88	31.12.2026
Termingeld mit Nachrangabrede	32.402.000	EUR	1,25	31.12.2027
Termingeld mit Nachrangabrede	28.431.000	EUR	1,25	31.12.2028
Termingeld mit Nachrangabrede	7.849.000	EUR	1,25	31.12.2030
Termingeld mit Nachrangabrede	10.050.000	EUR	3,00	31.12.2030

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind

	Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	2.636.014	8.058.474

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		283.538.672
b) der ausscheidenden Mitglieder		10.093.605
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		1.406.652
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	–	

Die Ergebnisrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR	Kapitalrücklage EUR
Stand 1. Januar 2024	68.316.210	420.288.872	20.101.824
Einstellungen			
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	–	3.997.540	–
– aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	1.500.000	–	–
Stand 31. Dezember 2024	69.816.210	424.286.412	20.101.824

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss nach den im Jahresabschluss mit 1.500.000,00 Euro ausgewiesenen Einstellungen in die gesetzliche Rücklage wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 2,500 %	7.226.501,15
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	–
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	6.153.811,33
Insgesamt	13.380.312,48

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag entfällt, da sich im Geschäftsjahr erstmalig ein negativer Unterschiedsbetrag von 414.231 EUR ergibt.

Zum Bilanzstichtag bestanden Termingeschäfte folgender Art:

Diese Geschäfte wurden ausschließlich zur Absicherung eigener Geschäftspositionen im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen. Sie dienen insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos und zur Verminderung der Risiken, die sich aus Marktpreisschwankungen ergeben.

Volumen im Derivategeschäft (Angaben in Mio. Euro)

	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	≤ 1 Jahr	> 1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	350,0	715,0	4.560,0	5.625,0	242,2	225,0

Der beizulegende Zeitwert der Zinsswaps wurde anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode ermittelt.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Für am Bilanzstichtag bestehende derivative Finanzinstrumente sind Wertpapiere im Nennwert von EUR 96.000.000,00 verpfändet.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Außerordentliche Aufwendungen

	EUR
Aufwendungen durch die Vorbereitung der Migration des Rechenzentrums	10.493.309

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 1.981.960 EUR, des Aufsichtsrats auf 409.629 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene auf 2.497.902 EUR.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2024 Pensionsrückstellungen in Höhe von 30.964.318 EUR.

Hierfür bestehen Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 16.131.080 EUR, die beim Ausweis der Pensionsrückstellungen kompensiert sind.

Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	916.228
Mitglieder des Aufsichtsrats	1.039.754

Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 22.915.692 EUR.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2024 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	484,50	207,25
Gewerbliche Mitarbeiter	5,00	–
	489,50	207,25

Außerdem wurden durchschnittlich 51,75 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

		Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang	2024	462.677	5.516.667
Zugang	2024	12.114	157.262
Abgang	2024	16.060	221.252
Ende	2024	458.731	5.452.677

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	3.327.977
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	–

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter / Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Martin Buch	Aufsichtsrat	Teambank AG

Mitglieder des Vorstandes:

Martin Buch,
Vorsitzender des Vorstandes
– Marketing
– Interne Revision
– Personalabteilung
– Qualitätsmanagement

Bernd Klink,
1. stellvertretender Vorstandsvorsitzender
– Controlling / Risikocontrolling MaRisk
– Finanzen / Meldewesen
– Marktfolge Aktiv

Joachim Haas,
2. stellvertretender Vorstandsvorsitzender
– Treasury und Liquiditätsplanung
– Beratungscallcenter
– Marktbereiche (Nord, Ost, Süd, West)

Susanne Drescher,
Vorstandsmitglied (ab 01.07.2024)
– Compliancemanagement und Beauftragtenwesen
– Datenschutz- und Informationssicherheitsbeauftragter,
Beauftragter für Arbeitssicherheit, Notfallbeauftragter
– Projektmanagement – IT-Transformation
– Unternehmensservice

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Lothar Krauß (Vorsitzender),
Geschäftsführer des Bildungs- und Förderungswerks der EVG e. V.
Rolf Hellmann (Stellvertreter des Vorsitzenden), Bundesbahnnamtsrat
Manuel Amberger, Vorsitzender des Betriebsrates DB Fahrwegdienste GmbH
Johannes Brunner, Betriebsratsvorsitzender bei DB Engineering & Consulting GmbH
Daniel Bruskowski, Vorsitzender des Betriebsrats DB InfraGo AG – GB Fahrweg Freiburg
Frank Gärtner, Bankmitarbeiter*
Jörg Greter, Leiter HR Business Partner DB Netz AG
Jürgen Hoffmann, Bankmitarbeiter*
Nadja Houy, Stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrat DB AG Konzernleitung
Armin Kunze, Bankmitarbeiter*
Armin Lauer, Stellvertretender Geschäftsführer Werbe- und Schulungs GmbH
Birgit Mehnert, Referentin Marketing, Vertrieb und Öffentlichkeitsarbeit beim Fonds zur sozialen Sicherung
für Arbeitnehmer der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e. V.
Rita Renner-Achim, Betriebsratsvorsitzende DB Vertrieb GmbH, Wahlbetrieb Baden
Sven Strahlendorf, Bankmitarbeiter*
Thomas Volkmann, Bankmitarbeiter*

* Arbeitnehmervertreter

Stuttgart, 13. Februar 2025

Sparda-Bank Baden-Württemberg eG

Der Vorstand

Martin Buch

Bernd Klink

Joachim Haas

Susanne Drescher

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Sparda-Bank Baden-Württemberg eG, Stuttgart

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 11.840 Mio. EUR. Dies entspricht 79,1 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Bewertung der Wertpapiere

- a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 2.465 Mio. EUR. Dies entspricht 16,5 % der Bilanzsumme. Davon werden wesentliche Teile im Jahresabschluss 2024 wie Anlagevermögen bewertet. Durch die Bewertung wie Anlagevermögen wurden außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich nicht dauernden Wertminderungen in Höhe von 75,6 Mio. EUR vermieden. Bei der Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens liegen in einem hohen Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter im Hinblick auf die Abschreibungen bei Vorliegen von nicht dauerhaften Wertminderungen zugrunde. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass wesentliche Annahmen und Parameter nicht sachgerecht berücksichtigt werden bzw. Ermessensspielräume nicht sachgerecht genutzt werden. Es besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Bestände von Wertpapieren analysiert, deren Bewertungen mit erhöhter Ermessensentscheidung behaftet sind. Anhand ausgewählter Einzelfälle haben wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Ermessensentscheidungen und genutzten Bewertungswahlrechte risikoorientiert im Hinblick auf erhöhte Bewertungsunsicherheiten nachvollzogen. Bei Verzicht auf Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert bei Wertpapieren des Anlagevermögens haben wir beurteilt, ob die Wertminderung lediglich von vorübergehender Natur ist. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Die von der Genossenschaft dabei herangezogenen Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des strengen bzw. gemilderten Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 29. April 2025

Verband der Sparda-Banken e. V.

Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES DER SPARDA-BANK BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Sparda-Bank Baden-Württemberg trotzst herausfordernden Rahmenbedingungen im Jahr 2024 und behauptet sich im Bereich der Baufinanzierung und Neukundengewinnung gegenüber dem Wettbewerb

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2024

Das Jahr 2024 stellte die deutsche Wirtschaft vor große Herausforderungen, die sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Belastungen umfassten. Trotz einiger positiver Entwicklungen in bestimmten Sektoren blieb die Gesamtwirtschaft unter Druck.

Im Jahr 2024 sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Dies war das zweite Jahr in Folge, in dem die deutsche Wirtschaft einen Rückgang verzeichnete.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich im Jahr 2024 weiterhin schwach. Die Zahl der Erwerbstätigen sank saisonbereinigt leicht, und die Arbeitslosigkeit stieg an. Gleichzeitig nahm die Kurzarbeit deutlich zu, was auf eine anhaltende wirtschaftliche Schwäche hinweist.

Die durchschnittliche Inflationsrate im Jahr 2024 lag bei 2,2 %. Dies war vor allem auf den wegfallenden Basis-effekt bei Energie und Pauschalreisen zurückzuführen. Trotz der schwachen Konjunktur blieb die Inflationsrate erhöht.

Die Finanzbranche in Deutschland stand im Jahr 2024 vor erheblichen Herausforderungen. Die Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Bekämpfung der Inflation führten zu einer Verteuerung der Kreditaufnahme für Unternehmen und Privatpersonen. Dies hatte zur Folge, dass die Nachfrage nach Krediten zurückging und die Banken in Deutschland ihre Kreditvergabepolitik anpassen mussten.

Ausblick:

Die deutsche Wirtschaft steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Die strukturellen Belastungen und die unsicheren wirtschaftlichen Aussichten werden voraussichtlich auch im Jahr 2025 eine Rolle spielen. Eine nachhaltige konjunkturelle Belebung ist derzeit noch nicht absehbar.

Wohnungsbau in Deutschland: Anhaltende Krise trotz leichter Entspannung bei Zinsen

Der Wohnungsbau in Deutschland blieb auch 2024 in einer tiefen Krise. Die ambitionierte Zielsetzung der Bundesregierung, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu schaffen, wurde weiterhin deutlich verfehlt. Stattdessen wird für 2024 nur mit 250.000 bis 255.000 Fertigstellungen gerechnet – ein erheblicher Rückgang gegenüber den 294.400 Wohneinheiten (WE) im Jahr 2023. Hauptgründe sind die weiterhin ungünstigen Rahmenbedingungen, insbesondere stark gestiegene Bau- und Finanzierungskosten sowie die unzureichende Neubauförderung.

Zwar ist seit Ende 2023 eine leichte Entspannung zu beobachten – zwischen November 2023 und November 2024 sanken die Hypothekenzinsen um durchschnittlich 0,46 Prozentpunkte. Dies führte zu einem Anstieg des Neugeschäftsvolumens bei Wohnungsbaukrediten um 7,6 % von Januar bis Oktober 2024. Dennoch bleibt die Finanzierungslage für Bauherren und Investoren angespannt.

Nachfrage nach Baugenehmigungen weiter auf niedrigem Niveau

Die Zurückhaltung im Wohnungsbau spiegelt sich auch in der stagnierenden Nachfrage nach Baugenehmigungen wider. Die Reichweite der bestehenden Auftragsbestände stabilisierte sich im September 2024 auf gut fünf Monate, was darauf hindeutet, dass die Talsohle der Nachfrage möglicherweise erreicht ist. Dennoch wird für 2024 ein realer Umsatzrückgang im Wohnungsbau von 14 % erwartet, gefolgt von weiteren 7 % im Jahr 2025.

Krise im sozialen Wohnungsbau und bei bezahlbaren Wohnungen

Auch der bezahlbare Wohnraum ist massiv betroffen. Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass sich diese Entwicklung weiter verschärft: 2024 wurden weitere 22 % der ohnehin schon reduzierten Neubaupläne nicht umgesetzt, 2025 werden gemäß Verlautbarung der Wohnungsbauwirtschaft sogar 38 % nicht realisiert.

Der Blick auf die Sparda-Bank Baden-Württemberg

Im Bereich der Mitgliederzugänge ist ein deutliches Abbremsen der negativen Entwicklung der Vorjahre zu verzeichnen. Die Mitgliederzuwächse zeigen sich mit 12.114 neuen Mitgliedern positiv. Aus diesem Grund ist von einer Trendwende in der Mitgliederentwicklung auszugehen.

Besonders positiv wirkte sich die Senkung der Kontoführungsgebühr auf 3,90 Euro ab dem 01.01.2024 aus, die am Markt sehr gut aufgenommen wurde. Dadurch konnte bei den Kontoeröffnungen ein ebenso gutes Ergebnis erzielt werden. Das Konto „SpardaZero“ für Minderjährige und junge Erwachsene bis zum 30. Lebensjahr bleibt weiterhin kostenfrei.

Das Kooperationsgeschäft bleibt nach wie vor ambitioniert, wobei die Nachfrage nach Fondsprodukten aufgrund der wieder auflebenden Konkurrenz durch bankeigene Einlagenprodukte rückläufig war. Der Anteil nachhaltiger Anlageprodukte hat tendenziell zugenommen. Das Bauspargeschäft verzeichnete aufgrund des Einbruchs im Wohnungsbaugeschäft einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr, während das Versicherungsgeschäft stabil blieb.

Unsere bedarfsgerechten Produkte auf der Aktiv- und der Passivseite, kombiniert mit einem attraktiven und leistungsfähigen Kontomodell, überzeugen unsere Kundinnen und Kunden und bestätigen erneut die Wettbewerbsfähigkeit unseres genossenschaftlichen Geschäftsmodells in einem anspruchsvollen Marktumfeld.

Im Bereich der Nachhaltigkeit orientieren wir uns bei der Bewertung unserer Entwicklung an der Nachhaltigkeitskala des BVR, die innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe eine gute Vergleichbarkeit bietet. Unser Ziel ist die stetige Verbesserung: Bis Ende 2025 will die Bank mindestens die ambitionierte Stufe 3 erreichen. Wir starteten im Jahr 2021 mit einer Bewertung von 1,28 und sind mittlerweile bei einer Einstufung von 2,6 (Vorjahr: 2,21).

Insbesondere im Risikomanagement und der Gesamtbanksteuerung sowie bei der durchgängigen Verankerung von Nachhaltigkeitsrisiken im Vertrieb gibt es eine positive Weiterentwicklung.

Positiven Einfluss auf das erreichte Ergebnis hatten zudem Maßnahmen wie die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie, die Entwicklung eines Dekarbonisierungsfahrplans für den Geschäftsbetrieb sowie der Rollout der neuen Kreditkonditionen in Abhängigkeit von der Energieeffizienzklasse. Letztere stärken unser Engagement bei nachhaltigen Kreditprodukten, indem wir gezielt Projekte mit ökologischer Wirkung fördern. Dabei berücksichtigen wir die Energieeffizienz von Immobilien und passen unsere Kreditkonditionen entsprechend an, um energieeffiziente Bauvorhaben und Renovierungen besonders attraktiv zu gestalten. Über entsprechende Datenanalysen können wir bereits heute einen wesentlichen Teil unserer Finanzierungen als „nachhaltige Finanzierung“ einstufen. Hier gilt es, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um künftigen steigenden Anforderungen gerecht zu werden.

Im Rahmen einer kundenfokussierten Vertriebsstrategie werden Mitglieder sowie Kundinnen und Kunden auch in Zukunft mit umfassenden Angeboten, Dienstleistungen und einer fairen Beratung gemäß unserem genossenschaftlichen Auftrag unterstützt. Mit einfachen, leistungsstarken Produkten, modernen Serviceleistungen und einer ausgezeichneten Kundenberatung und -betreuung konnten wir erneut überzeugen.

Alle gesetzlichen, regulatorischen, nachhaltigen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden 2024 umgesetzt und in die Geschäftsstrategie, die Risikostrategie sowie entsprechende geschäftliche Abläufe integriert. Die jeweiligen externen Prüfungen ergaben keine wesentlichen Feststellungen.

Die Rücklagen zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Bank sollen gemäß vorliegendem Gewinnverwendungsvorschlag gestärkt werden, um somit die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu erhalten und entsprechende Spielräume für künftiges Wachstum sicherzustellen.

Unsere Zukunftsinvestitionen in die Digitalisierung und neue Ansätze kommen voran. So ist beispielsweise die Zahl der Mandate in der Sparda Versicherungsservice GmbH weiter gestiegen – die Zahl der Neuverträge hat sich 2024 mehr als verdoppelt.

Die Migrationsprojekte wurden Ende 2023 gestartet und 2024 erfolgreich vorangetrieben. Der Umzug zum genossenschaftlichen Rechenzentrum soll am Wochenende des 26.07.2025 erfolgen.

Aufgrund des Wechsels zum neuen Rechenzentrum wurden auch die Kundenanwendungen (Online-Banking und App-Anwendung) auf den Prüfstand gestellt. Ziel ist es, das Beste aus beiden Welten zum Wohl unserer Kundinnen und Kunden miteinander zu verbinden und die Sparda-Bank zukunftsfähig aufzustellen. Daher werden wir unsere Omnikanal-Strategie auch in unserem Zukunftsbanking weiterhin verfolgen – mit dem einzigen Unterschied, dass unsere digitalen Kundenanwendungen ab der Migration auf der technologischen Plattform der Atruvia betrieben werden. Der persönliche Kontakt zu unseren Kundinnen und Kunden in den Filialen oder am Telefon ist auch in Zukunft ein zentraler Teil unserer Geschäftspolitik. Diese Kundennähe definiert sich über den erfolgreichen Mix aus unterschiedlichen Kontaktmöglichkeiten, sowohl digital als auch persönlich. Dabei gilt es das veränderte Kundenverhalten in allen Themenstellungen zu berücksichtigen. Gerade bei der Baufinanzierung und der umfassenden Anlageberatung ist der persönliche Kundenkontakt sehr wichtig. Die Ergänzung mit modernen, zukunftsfähigen Lösungen deckt die unterschiedlichen Anforderungen der Kundinnen und Kunden umfassend ab. Denn jede Kundin und jeder Kunde wählt aus ihrer oder seiner Sicht den Kontakt-, den Beratungs- und den Abschlussweg nach ihrer oder seiner persönlichen Präferenz.

Zusammenfassend kann resümiert werden, dass sich die Sparda-Bank Baden-Württemberg am Markt in einem anspruchsvollen Umfeld gut behauptet und die Herausforderungen der Zeitenwende, der Inflation, der Marktvolatilität sowie der IT-Migration durch die Flexibilität aller Beschäftigten im „Team Sparda“ sehr gut meistert.

Das ist nicht zuletzt das Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durch ihr Engagement sowie ihre freundliche und faire Grundausrichtung zum Wohle unserer Kundinnen und Kunden und Mitglieder, diese von unserer Genossenschaft überzeugen. Die Bearbeitungs- und Beantwortungszeiten konnten verbessert werden. Dies bedingte natürlich auch eine faire und angemessene Bezahlung, die durch den Tarifabschluss Ende 2023 für eine Laufzeit von 30 Monaten längerfristig sichergestellt werden konnte. Durch die Auszahlung eines Inflationsausgleichs und die branchenüblichen Tarifregelungen konnte die Arbeitgeberattraktivität gesteigert werden.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr 2024 seine gesetzliche, satzungs- und geschäftsordnungsgemäße Kontrollfunktion vollumfänglich wahrgenommen. Hierbei hat der Aufsichtsrat die Arbeit des Vorstandes satzungsgemäß überwacht und beratend begleitet. Er fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies schloss auch die Beschäftigung mit der Prüfung nach § 53 GenG ein.

Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig, umfassend und zeitnah in den Sitzungen und durch schriftliche Berichte über die wirtschaftliche, strategische und finanzielle Entwicklung der Bank.

Der Aufsichtsratsvorsitzende stand in engem Kontakt mit dem Vorsitzenden des Vorstandes und wurde von diesem regelmäßig über die aktuelle Geschäftsentwicklung der Bank sowie die anstehenden unternehmerischen Entscheidungen und das Risikomanagement informiert.

Der Aufsichtsrat ließ sich über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Risiko-, Finanz- und Ertragslage, über die wesentlichen Geschäftsvorfälle, die Geschäftspolitik, rechtliche sowie regulatorische Änderungen und die Personalpolitik des Vorstandes ausführlich unterrichten.

Die nachhaltige Zukunftsfähigkeit der Bank durch eine entsprechende Eigenkapitalbildung ist weiterhin die zentrale Aufgabenstellung, der wir auch künftig eine besondere Aufmerksamkeit widmen. Die notwendige Ertragskraft steht dabei mehr denn je vor großen Herausforderungen und erfordert verantwortungsvolle Entscheidungen.

Der Aufsichtsrat verschaffte sich im Rahmen seiner Tätigkeit einen aktuellen Eindruck über die Entwicklung aller Kernbereiche der Bank und kann daher die gute Entwicklung der Sparda-Bank Baden-Württemberg bestätigen.

Der Aufsichtsrat hat von seinem Recht auf Berichtserstattung durch den Vorstand und auf bestehende anderweitige Auskunfts- und Informationsrechte nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch gemacht.

Regelmäßig wurde der Aufsichtsrat über die Einhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute informiert. Die Risikoberichte enthielten keine Auffälligkeiten; die eingeräumten Risikobudgets wurden stets eingehalten. Ferner hat sich der Aufsichtsrat umfänglich durch den Vorstand über die Tätigkeiten der Internen Revision sowie die Compliance-Funktion unterrichten lassen.

Im Geschäftsjahr 2024 fanden gemeinsam mit dem Vorstand fünf reguläre Aufsichtsratssitzungen, eine Sondersitzung und eine Klausurtagung statt. Die Sitzungen wurden teilweise in digitaler Form durchgeführt. Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben an mehr als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Gegenstand der Sitzungen waren unter anderem die Geschäftsentwicklung, das Marktgeschehen, die IT- und Unternehmensstrategie sowie der Wechsel unseres IT-Dienstleisters zur Atruvia AG.

Darüber hinaus haben sich die entsprechenden Aufsichtsratsausschüsse in ihren Sitzungen zu den jeweiligen Aufgabenstellungen mit dem Vorstand ausgetauscht.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates hat im Berichtsjahr zusätzlich insgesamt fünf Sitzungen abgehalten. Themen waren unter anderem das Vergütungssystem, die Führungskräfteplanung des Unternehmens und Überlegungen zu Zukunftsinvestitionen.

Interessenkonflikte von Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates waren vom Präsidialausschuss und Aufsichtsrat im Berichtsjahr nicht zu behandeln. Der Präsidialausschuss und die weiteren Ausschüsse des Aufsichtsrates – der Prüfungsausschuss, der Kreditausschuss, der Risikoausschuss, der Digitalisierungsausschuss und der Nominierungsausschuss – berichteten über ihre Tätigkeiten regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrates. Die Sitzungsprotokolle aller Ausschüsse stehen allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Verfügung.

Seit 2014 ist eine jährliche Effizienzprüfung des Aufsichtsrates für alle Kreditinstitute verpflichtend. 2024 wurden wiederum die rechtlichen Anforderungen und Anhaltspunkte zur Verbesserung der Arbeit des Aufsichtsrates, der Arbeit des Vorstandes und zwischen den Gremien aufgegriffen. Zum Jahresende erfolgte eine Effizienzprüfung, deren Ergebnisse 2025 in die Arbeit des Aufsichtsrates einfließen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben sich im Jahr 2024 mit der Teilnahme an Seminaren und Weiterbildungsveranstaltungen umfassend fachlich fortgebildet, um den steigenden Anforderungen und laufenden Aufgabenveränderungen gerecht zu werden.

Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2024 aus 15 Mitgliedern, davon drei Frauen. Es haben sich keine Veränderungen in der Besetzung des Aufsichtsrates ergeben.

Herr Martin Buch wurde zum 01.01.2024 vom Aufsichtsrat in die Funktion des Vorstandsvorsitzenden gewählt. Martin Buch bildete in den folgenden Monaten gemeinsam mit den beiden stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Bernd Klink und Joachim Haas den Vorstand. Zum 01.07.2024 rückte die Generalbevollmächtigte Susanne Drescher – und damit die erste Frau in der Geschichte der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG – neu in den Vorstand auf.

Die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung des vom Vorstand vorgelegten Jahresabschlusses sowie des Lageberichts wurde vom Verband der Sparda-Banken e.V. durchgeführt. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung ausführlich berichtet.

Der Aufsichtsrat hat den vorliegenden Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses für das Geschäftsjahr 2024 geprüft und in Ordnung befunden.

Er stimmt sowohl dem Jahresabschluss als auch dem Vorschlag zur Verwendung des Jahresüberschusses für das Geschäftsjahr 2024 einstimmig zu.

Weiter hat der Aufsichtsrat den nach § 289b HGB erstellten gesonderten nichtfinanziellen Bericht unserer Bank eingehend geprüft.

Der Vertreterversammlung, die in Stuttgart stattfindet, empfiehlt der Aufsichtsrat, den Jahresabschluss festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Das Genossenschaftsmodell „Sparda“ ist im anspruchsvollen Geschäftsjahr 2024 bei den Kundinnen und Kunden sowie bei den Mitgliedern gut angekommen. Die Marktanteile konnten behauptet bzw. in einigen Geschäftsfeldern weiter ausgebaut werden.

Die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden sowie der Mitglieder ist weiterhin gut. Es gilt mit großer Aufmerksamkeit, sich gegen digitale Wettbewerber zu behaupten und die Zufriedenheit weiter auszubauen. Ein gutes Beispiel, dass dies auch in der heutigen Zeit gelingen kann, zeigen die Auszeichnungen für unsere Baufinanzierungsangebote und unsere Beratungsleistungen.

Ein herzlicher Dank gilt den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand der Sparda-Bank für den Mut und die stete Bereitschaft, die Herausforderungen der Zeit anzugehen.

Der Aufsichtsrat dankt ganz besonders den Kundinnen und Kunden der Sparda-Bank Baden-Württemberg für das erwiesene Vertrauen und die verlässliche, lebendige Partnerschaft.

Stuttgart, den 29. April 2025

Lothar Krauß
Aufsichtsratsvorsitzender

NACHHALTIGKEITSBERICHTERSTATTUNG DER SPARDA-BANK BADEN-WÜRTTEMBERG EG



Als Genossenschaftsbank ist Nachhaltigkeit ein wesentlicher Teil unseres Selbstverständnis. Nachhaltigkeit ist unsere Chance auf eine gute Zukunft: für uns, für unsere Umwelt und für unsere Gesellschaft. Dabei verstehen wir wirtschaftlichen Erfolg und nachhaltiges Handeln als unauflösbare Einheit. Unser originärer Unternehmenszweck ist daher die stetige Weiterentwicklung dieser Verbindung zum Wohle aller. Ökonomisch, ökologisch und sozial gedacht. Ausgehend von unserem Kerngeschäft bis hin zu dem, was wir mit unseren Kundinnen und Kunden, Partnerinnen und Partnern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemeinsam bewegen.

Was also bedeutet es also für uns, eine nachhaltige Bank zu sein? Lesen Sie dazu mehr auf unserer Homepage. Ausführliche Informationen, insbesondere zu unserer Nachhaltigkeitsleistung im Geschäftsjahr 2024, können Sie zudem dem aktuellen Nachhaltigkeitsbericht entnehmen. Dieser wurde freiwillig unter partieller Anwendung des ersten Satzes der ESRS-Berichtstandards (Delegierte Verordnung (EU) 2023/2772 der Kommission vom 31. Juli 2023 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/34/EU) als Rahmenwerk im Sinne des § 289d HGB erstellt. Ergänzt wurden die Berichterstattung gemäß der Vorgaben der zum 31.12.2024 geltenden CSR-RUG.

Aufgrund des Umfangs des neuen Berichtsstandards haben wir uns im Sinne der Nachhaltigkeit dazu entschieden, den Nachhaltigkeitsbericht ausschließlich online zur Verfügung zu stellen. Der Nachhaltigkeitsbericht ist öffentlich auf unserer Homepage unter www.sparda-bw.de einsehbar.

Impressum

Herausgeber..... Sparda-Bank Baden-Württemberg eG
Verantwortlich für den Inhalt Vorstand der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG
Redaktion..... Andreas Küchle, Sparda-Bank Baden-Württemberg eG
Gestaltung, Druckvorstufe Communicon Werbeagentur GmbH, Ludwigsburg
Bilder..... Sparda-Bank Baden-Württemberg eG

**Sparda-Bank
Baden-Württemberg eG**

Am Hauptbahnhof 3
70173 Stuttgart